

Die Ostschweiz lanciert die Expo 2027

Landesaussstellung mit Ausstrahlung über die Grenzen – Kantonsregierungen setzen auf nachhaltiges Konzept

Nach dem Scheitern der Pläne für eine Expo 2020 rund um den Gotthard treten die Ostschweizer Kantone aus dem Schatten. Der Thurgauer Regierungspräsident Jakob Stark hält eine Expo 2027 im Raum Ostschweiz - Bodensee für realistisch.

Jörg Krummenacher, St. Gallen

Sie hatten sich gelassen zurückgelehnt und gewartet. Die Regierungen der Kantone St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen und beider Appenzel hatten im vergangenen Juni eine Landesaussstellung in der Ostschweiz zwar als Option bezeichnet, jeglichen Aktivismus aber für verfrüht betrachtet. Einerseits wollten sie nicht den Eindruck aufkommen lassen, sie stellten sich in Konkurrenz zu einer Landesaussstellung «Gottardo 2020», andererseits glaubten sie ohnehin nicht an die Realisierbarkeit jenes vom Tessiner Tourismuspräsidenten Marco Solari lancierten Projekts. Die Zeit für eine nächste Landesaussstellung sei 2020 oder gar 2018 schlicht noch nicht reif.

Erstes Treffen im Februar

Vergangene Woche nun haben die Gottardo-Kantone Tessin, Graubünden, Uri und Wallis ihr Projekt, das Landesaussstellung und Neat-Eröffnung verbunden hätte, für gescheitert erklärt. Zwei der Gründe: fehlende Realisierungszeit und Schwierigkeiten bei der Konsensfindung. Der richtige Zeitpunkt also für die Ostschweiz, aktiv zu werden: Im kommenden Februar treffen sich die Delegierten der Kantonsregierungen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Für die nächste Sitzung der Ostschweizer Regierungskonferenz, an der zusätzlich die Kantone Glarus und Graubünden sowie Zürich als assoziiertes Mitglied teilnehmen, ist das Thema ebenfalls traktandiert.

Die Voraussetzungen für eine Expo in der Ostschweiz sind besser als für eine rund um den Gotthard. Bis zu einer Realisierung steht genügend Zeit zur



Der Sântis, unübersehbares Markenzeichen der Ostschweiz, aus der Perspektive von Steinach am Bodensee.

SWISSIMAGE

Verfügung, und bereits 2008 zeigten sich die Ostschweizer Kantone geeint im Bestreben, ein partnerschaftliches Projekt auf die Beine zu stellen, das nachhaltige Impulse hinsichtlich Infrastruktur, wirtschaftlicher Entwicklung und kultureller Aktivitäten setzen soll. Als möglichen Zeitpunkt nennt der Thurgauer Regierungspräsident Jakob Stark das Jahr 2027; der Zeitraum zwischen zwei Landesaussstellungen müsse mindestens 25 Jahre betragen.

Grosses Potenzial

Bisher gab es in der Ostschweiz – wie auch im Tessin, in der Zentralschweiz oder im Raum Basel – keine Expo. Die bisherigen sechs Landesaussstellungen

fanden in Zürich (1883 und 1939), Genf (1896), Bern (1914), Lausanne (1964) und im Drei-Seen-Land (2002) statt. Nach den Turbulenzen, die vor allem im Vorfeld der Expo 2002 aufkamen, und angesichts der hohen Kosten stellt sich die Frage, ob die Durchführung einer Landesaussstellung heute überhaupt noch opportun ist. Die Ostschweizer Regierungen lassen die Antwort vorerst offen: Einer Bewerbung beim Bund müsse ohnehin eine Machbarkeitsstudie vorausgehen. Sie sehen eine Expo aber, trotz Risiken und Nebenwirkungen, als grosse Chance, sich national wie international zu präsentieren.

Jakob Stark verweist denn auch auf das grosse Potenzial, grenzüberschreitend Akzente zu setzen. Eine dezentral

gestaltete Expo Ostschweiz, die in einem ersten Entwurf entlang von Rhein und Bodensee zwischen Schaffhausen und dem St. Galler Rheintal stattfinden könnte, würde die bevölkerungsreiche Bodenseeregion mitsamt Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg und dem Fürstentum Liechtenstein einbeziehen – eine Expo im Herzen Europas.

Noch ist nicht absehbar, ob bei der Bevölkerung der Ostschweizer Kantone Expo-Begeisterung aufkommen wird. Deshalb soll, ausgehend vom Kanton Thurgau und zwecks Verbreiterung der Basis, ein Verein gegründet werden. Die Chance, dass eine nächste Landesaussstellung tatsächlich in der Ostschweiz stattfinden wird, bezeichnet Jakob Stark heute mit 50 Prozent.

Grünes Signal in Schaffhausen

S-Bahn als Kernstück des Agglomerationsprogramms

Mit vergleichsweise bescheidenen 55 Millionen Franken soll im Schaffhauser Kantonszentrum eine lokale S-Bahn in Fahrt kommen.

Caspar Heer, Schaffhausen

Der Schaffhauser Regierungsrat hat eine S-Bahn-Kreditvorlage zuhänden des Kantonsrats verabschiedet. Grosse Infrastrukturausbauten sind nicht geplant. Vielmehr wird der Betrieb mit punktuellen Verbesserungen der bestehenden Anlagen optimiert. Ziel ist, den künftigen Mehrverkehr mindestens zur Hälfte mit Bahn und Bus zu bewältigen. Das Konzept dafür wurde im Agglomerationsprogramm «Schaffhausen plus» von 2007 erarbeitet. Dabei wurden bestehende und künftige Siedlungsschwerpunkte und öffentlicher Verkehr so gut aufeinander abgestimmt, dass das Programm von «Bern» Bestnoten und damit die Aussicht auf einen Bundesbeitrag von 40 Prozent erzielte.

In der Stadt Schaffhausen laufen fünf Bahnlinien zusammen: jene aus Richtung Zürich/Bülach, aus Winterthur, aus Stein am Rhein, aus Singen/Thayngen sowie aus dem Klettgau. Die zwei letztgenannten Linien werden von der Deutschen Bahn betrieben. Geplant ist, auf diesem Bahnnetz im Siedlungsschwerpunkt rund um Schaffhausen (zumindest in den Berufsverkehrszeiten) einen Viertelstundentakt einzuführen. Die Züge sollen auch nicht mehr in der Munotstadt wenden, sondern wie

bei der Zürcher S-Bahn durchgebunden werden, beispielsweise aus dem Klettgau bis nach Stein am Rhein.

Ganz ohne Bauten lässt sich das nicht verwirklichen. So erhält der Bahnhof Schaffhausen einen zusätzlichen Perron, in Neuhausen und in Beringen werden in Entwicklungsgebieten zwei neue Haltestellen gebaut, und die Klettgauer Linie wird bis zur Grenze bei Erzingen elektrifiziert. Den Ausbau dieser Strecke auf Doppelspur bezahlt die Deutsche Bahn. Die übrigen Kosten werden zwischen Bund, Kanton und Gemeinden aufgeteilt.

Die Schaffhauser S-Bahn ist auch eine Vorinvestition in den Fernverkehr nach Basel, denn die Elektrifizierung der Klettgauer Linie soll bis 2016 bis ans Rheinknie weitergezogen werden. Nicht Teil des Agglomerationsprogramms ist die Einführung halbstündlicher Schnellzüge von Schaffhausen nach Zürich. Dafür bauen die SBB derzeit die Strecke nördlich von Bülach aus.

DOSSIER «DIE ZUKUNFT DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS»

Die Hauptverkehrsachsen sind ausgelastet, der Agglomerations-ÖV verzeichnet hohe Zuwachsraten, und Politiker feilschen um die Finanzierung künftiger grosser Infrastrukturvorhaben. Der öffentliche Verkehr in der Schweiz im Fokus.

www.nzz.ch/dossiers

Erben im Visier

Aktivismus in Sachen Erbschaftssteuer

Die Idee einer nationalen Erbschaftssteuer wird die Politik noch längere Zeit beschäftigen. Nebst einer Volksinitiative sind diverse Standesinitiativen geplant.

hus. Bern · Steter Tropfen höhlt den Stein. Das erscheint als Motto der Befürworter einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer für direkte Nachkommen. In den letzten 15 Jahren ist im eidgenössischen Parlament eine ganze Serie von Vorstössen dazu gescheitert. Den bisher letzten, eine parlamentarische Initiative der SP-Fraktionschefin Ursula Wyss, hat der Nationalrat im März 2009 bachab geschickt. Doch die nächsten Vorstösse sollen bald kommen. Die Grünen lancierten bzw. lancieren in diesen Tagen Standesinitiativen für eine nationale Erbschaftssteuer in mindestens sechs Kantonen (ZH, BE, SG, LU, BS und SO), wie Parteivertreter am Donnerstag in Bern erklärten.

Ein ähnlicher Vorstoss der SP für eine Standesinitiative des Kantons St. Gallen ist diese Woche allerdings im St. Galler Parlament hängengeblieben. Ob die Grünen mit ihren Vorstössen mehr Erfolg haben, muss sich noch zeigen. Als absehbaren Leerlauf wollen Parteivertreter ihre Vorstösse nicht gewertet wissen. Allem Anschein nach wollen sie das Thema am Kochen halten und setzen darauf, dass sich das politische Klima zugunsten einer verstärkten Umverteilung verändert hat. Die Grünen bezeichnen die Standesinitiativen nicht als Konkurrenz, sondern als Er-

gänzung zu den Bemühungen um eine eidgenössische Volksinitiative.

Die EVP hat im November die Lancierung einer Volksinitiative angekündigt. Die Grünen werden nach Aussage von Parteioxponenten die Initiative unterstützen, und auch die SP will mitmischen. Alle drei Parteien erklären, dass eine Bündelung der Kräfte anzustreben sei. Informelle Gespräche zwischen den Parteien laufen. Einen Fahrplan hat erst die EVP angekündigt, die spätestens im Frühjahr 2011 mit der Unterschriftensammlung starten will.

Die Ausgestaltung wird noch zu reden geben. Weitgehend einig zu sein scheinen sich die drei Parteien über einen Freibetrag für direkte Nachkommen von 1 Million Franken – womit laut Schätzungen nur etwa 5 Prozent aller Erbenden betroffen wären, die zusammen aber rund 60 Prozent des geerbten Vermögens umfassen. Im Gespräch ist zudem eine Sonderlösung für die Unternehmensnachfolge (zum Beispiel in Form eines Rabatts oder spezieller Zahlungsbedingungen). Kontrovers ist der Steuersatz. Die EVP spricht von 10 Prozent des geerbten Vermögens über dem Freibetrag für direkte Nachkommen, die Grünen wollen dagegen 25 Prozent – was jährlich etwa 5 Milliarden Franken Steuererträge bringen könne. Unterschiedlich sind zum Teil auch die Ideen zur Geldverteilung. Die EVP und die Grünen sprechen von Beiträgen für die Kantone und die AHV (die Grünen vieren direkt eine Senkung der AHV-Lohnbeiträge an), SP-Exponenten liebäugeln auch mit Transfers für andere Sozialversicherungen.

IN KÜRZE

Schulerfolg für Migrantenkinder

(sda) · In Bern ist am Donnerstag erstmals «Gewählte Stimme» an die Öffentlichkeit getreten, ein Zusammenschluss von 17 Parlamentsmitgliedern mit Migrationshintergrund aus verschiedenen Kantonen. Die neue Organisation stellt ein Papier für mehr Schulerfolg von Migrantenkindern vor. Ziel dieser «Absichtserklärung» ist es, die Rolle der Schule im Umgang mit Migrantenkindern zu klären, aber auch die Rolle der Eltern von Migrantenkindern gegenüber der Schule. Die 17 Mitglieder von «Gewählte Stimme» wollen nun Pilotschulen finden, welche diese Absichtserklärung anwenden.

Ambitiose Stadtberner Exekutive

(sda) · Mindestens drei von fünf Mitgliedern der Berner Stadtregierung wollen in den Nationalrat: Nach Stadtpräsident Alexander Tschäppät (sp.) und Sicherheitsdirektor Reto Nause (cvp.) hat nun auch Regula Rytz (gps.) Interesse an einer Kandidatur angemeldet. Noch offen ist, ob auch Finanzdirektorin Barbara Hayoz (fdp.) für den Nationalrat kandidieren will.

Preisvergleiche bei Paketen

(sda) · Wer Weihnachtspakete verschickt, sollte vorher die Preise der verschiedenen Anbieter vergleichen, wie die staatliche Postregulierungsbehörde (PostReg) rät. Beim Schnellversand haben laut ihr private Anbieter die Nase vorn – für weniger dringende Pakete ist die Schweizerische Post am günstigsten. Wer via Internet Waren aus dem Ausland bestellt, muss Zollgebühren zahlen – allerdings nicht überall gleich viel.

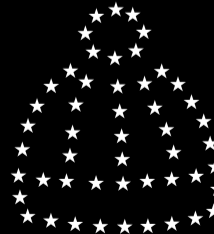
Analysen zu AKW-Strahlenrisiken

(sda) · Der Schweizer Ableger der AKW-kritischen Organisation Ärztinnen und Ärzte für soziale Verantwortung und zur Verhütung eines Atomkrieges fordert vom Bund eine Stellungnahme sowie Untersuchungen zu den Auswirkungen des Betriebs von Kernkraftwerken auf ungeborene Kinder. Kürzlich hat eine Studie aus Deutschland für Schlagzeilen gesorgt, wonach im Umkreis von AKW das Verhältnis von Knaben- zu Mädchengeburten ungewöhnlich sei. Jene Analyse argumentiert dabei mit Schäden aus der Wirkung radioaktiver Strahlung. Bereits haben sich andere Wissenschaftler kritisch zu den Thesen geäussert. Aus ähnlichen Debatten lässt sich jedenfalls schliessen, dass weitere umfangreiche Studien nötig wären, um eine solche klare Kausalverknüpfung zu belegen.

RSR-Radio ohne Mittelwelle

(sda) · Nach der DRS-Musikwelle beendet nun auch das Westschweizer Schwesterprogramm Option Musique den Betrieb auf Mittelwelle. Der Mittelwellensender Sottens wird nach 80 Betriebsjahren am 5. Dezember abgestellt, wie es in einer Mitteilung vom Donnerstag heisst. Das Programm kann weiterhin gehört werden über Kabel, Internet und das Digitalradio (DAB+).

ANZEIGE



AUF DIE PISTE, AB CHF 1145.– FÜR 3 NÄCHTE. INKLUSIVE SKIPASS UND WELLNESS.

Machen Sie Ihren Skilurlaub im Januar und März zu einem Erlebnis: Geniessen Sie Gastfreundschaft, Spitzengastronomie und ein umfassendes Wellness-Angebot. Alles inklusive. Spezielle Angebote für 3 bis 7 Nächte.

KULM HOTEL
ST. MORITZ

Phone 081 836 80 00 • info@kulmhotel-stmoritz.ch
www.kulmhotel-stmoritz.ch